



Staatsanwaltschaft Lüneburg

Staatsanwaltschaft Lüneburg, Postfach 28 80, 21318 Lüneburg

Frau  
Alina Lipp  
Soltauer Straße 107  
21335 Lüneburg

Geschäftsnummer: 75 Gs 963/22  
15103 AR

Geschäftsnummer (bitte stets angeben)

NZS 5103 AR 696/22

Beschluss

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Durchwahl

Datum

ohne

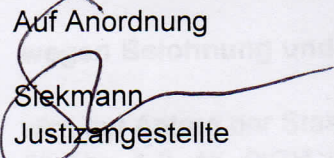
04131 202-670

20.05.2022

Sehr geehrte Frau Lipp,

anliegende Abschriften der Schriftstücke erhalten Sie zur Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen  
Auf Anordnung

  
Siekmann  
Justizangestellte

der Beschuldigten Alina Lipp  
gegenüber der Deutsche Kreditbank AG  
aus der Geschäftsverbindung betreffend das Konto DE35 1205 0096 1004 1432 79

Gründe:

A. Die Beschuldigte bringt in einer Vielzahl von öffentlich ersichtlichen eigenen Social-Media-Accounts fortwährend ihre Solidarisierung mit dem am 24.02.2022 begonnene Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, münden in einem Verbot der Agrotalors nach § 13 Abs. 1 VarStG, zum Ausdruck, und heißt diesen gut.

Ihre Äußerungen sind dabei geeignet, das psychische Klima auch innerhalb der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu verunsichern, indem sie sich durch die wahrheitswidrige Darstellung eines Dissens innerhalb der Gesellschaft hinsichtlich der schuldhaften Zusammenhänge zwischen dem Angriffskrieg und der humanitären Katastrophe in der Ukraine zu verunsichern und die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

**Dienstgebäude**  
Burmeisterstraße 6  
21335 Lüneburg  
**Sprechzeiten**  
Mo. - Do.: 9 - 15, Fr.: 9 - 12 Uhr  
und nach Vereinbarung

**Telefon**  
04131 202-1  
**Telefax**  
04131 202-358

**Parkmöglichkeiten**  
Hinter der Bardowicker Mauer  
(Parkzeit: 2 Stunden!)

**Bankverbindung**  
NORD/LB Hannover  
IBAN: DE3725050000106024599  
SWIFT-BIC: NOLADE2HXXX  
[www.staatsanwaltschaft-lueneburg.niedersachsen.de](http://www.staatsanwaltschaft-lueneburg.niedersachsen.de)

## Amtsgericht Lüneburg

Dienstsitz: Am Ochsenmarkt 3, 21335 Lüneburg  
Postanschrift: Postfach 13 40, 21303 Lüneburg  
Vermittlung: 04131/2021  
Telefax: 04131/202-453

---

**Geschäftsnummer:** 15 Gs 863122  
(5103 AR /22; 5103 Js 14404/22 – StA Lüneburg)

Lüneburg, den 05. MAI 2022

### Beschluss

In dem Ermittlungsverfahren

**gegen**

Alina Lipp,  
geboren 17.09.1993 in Hamburg,  
Deutsche, ledig,  
wohnhaft zuletzt Soltauer Straße 107  
21335 Lüneburg

**wegen Belohnung und Billigung von Straftaten**

wird auf Antrag der Staatsanwaltschaft Lüneburg gemäß §§ 111b, 111j Abs. 1 StPO i. V. m. § 73 Abs. 1 2. Alt. StGB zur Sicherung des staatlichen Anspruchs auf Einziehung die Beschlagnahme der bestehenden und künftigen Forderungen

der Beschuldigten Alina Lipp

gegenüber der Deutsche Kreditbank AG

aus der Geschäftsverbindung betreffend das Konto **DE56 1203 0000 1054 8432 79**

in Höhe von **1.608,00 Euro**

angeordnet.

#### Gründe:

**A.** Die Beschuldigte bringt in einer Mehrzahl von öffentlich einsehbaren eigenen Social-Media-Accounts fortlaufend ihre Solidarisierung mit dem am 24.02.2022 begonnenen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, mithin zu einem Verbrechen der Aggression nach § 13 Abs. 1 VStGB, zum Ausdruck, und heißt diesen gut.

Ihre Äußerungen sind dabei geeignet, das psychische Klima auch innerhalb der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschlands aufzuhetzen, aufgrund zumindest verzerrender, teils auch wahrheitswidriger Darstellungen einen Dissens innerhalb der Gesellschaft herbeizuführen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufzulösen, Zweifel an der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Meinungsbildung und der Wahrhaftigkeit der medialen Berichterstattung innerhalb der

4

Bundesrepublik Deutschland zu säen und dadurch das Vertrauen in die Rechtssicherheit und die Vertrauenswürdigkeit des demokratischen Systems im Inland insgesamt zu erschüttern, was ihr auch bewusst ist und sie zumindest billigend in Kauf nimmt, zumal sich Ihre Postings - gezielt - an ein deutsches „Publikum“ richten.

Exemplarisch aufgeführt seien folgende zwei Taten:

Am 24.02.2022 postete die Beschuldigte auf ihrem Telegram-Kanal „Neues aus Russland“ die Nachricht: „Die Denazifikation hat begonnen“ und veröffentlichte ein Video, in dem sie mitteilte, dass die Bevölkerung die Russen und die „Befreiung“ feiern würde, seit Jahren die Ukrainer die russische Bevölkerung töten würden und dies nun ein Ende habe.

Am 12.03.2022 postete die Beschuldigte auf ihrem Telegram-Kanal „Neues aus Russland“ ein Video, in dem sie mitteilte, seit Jahren komme es zu einem Genozid durch die Ukrainer, die russische Armee befreie betroffene Regionen nun.

Aufgrund dieser Erkenntnisse besteht gegen die Beschuldigte der Verdacht der Billigung von Straftaten in einer - bei hierzu andauernden Ermittlungen - derzeit im Einzelnen noch unbekanntem Vielzahl von Fällen.

Vergehen, strafbar gemäß §§ 140 Nr. 2, 53 StGB.

**B.** Da sie als „freie Journalistin“ keine Entlohnung erhalte, wirbt die Beschuldigte, etwa über ihren Account bei der Social-Media-Plattform VK, um finanzielle Unterstützung unter Angabe der im Tenor aufgeführten Kontonummer.

Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand gingen zumindest in Höhe von insgesamt 1.608 Euro ihrem „Spendenaufruf“ folgend im Anschluss an die von der Beschuldigten veröffentlichte, den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg befürwortende Kriegspropaganda auf dem genannten Konto seit Beginn des russischen Angriffskrieges bis zum 16.03.2022 entsprechende finanzielle Zuwendungen ein, um die Beschuldigte für ihre bisherige - strafbare - Betätigung zu entlohnen und ihr ein fortdauerndes, gleichgelagertes, strafbares Tätigbleiben zu ermöglichen, was sich aus den von den Überweisenden bei ihren Zuwendungen jeweils angeführten Verwendungszwecken ergibt.

Es bestehen daher Gründe für die Annahme, dass die Beschuldigte die genannten Geldbeträge für ihre zuvor begangenen rechtswidrigen Taten i. S. d. § 73 Abs. 1 2. Alt. StGB erlangt hat.

**C.** Die Anordnung der Beschlagnahme ist zur Sicherung der Vollstreckung der Einziehung gemäß § 111b Abs. 1 StPO erforderlich.

Es ist zu besorgen, dass die Beschuldigte den Geldbetrag unverzüglich weiterleiten wird. Eine Überweisung in Höhe von 12.000 Euro auf ein eigenes Konto in Russland hat die Beschuldigte bereits veranlasst. Diese Transaktion wurde von Seiten der Deutsche Kreditbank AG lediglich vorläufig angehalten.

Vor diesem Hintergrund ist die Anordnung der Beschlagnahme nicht nur erforderlich, sondern auch insgesamt verhältnismäßig.

5

Eine vorherige Anhörung der Beschuldigten unterbleibt, weil sie den Ermittlungszweck gefährden würde, § 33 Abs. 4 S. 1 StPO.

Beglaubigt

Lüneburg,

05/05/22

Hobro-Klatte  
~~Richter am Amtsgericht~~

Richter/in am Amtsgericht

\_\_\_\_\_  
Urkundsbeamtin/er der Geschäftsstelle

Datum/Zeit: 5. Mai 2022 13:18

Dat. Nr.	Modus	Ziel	Seite	Ergeb.	Seite
1345	Speichersenden	0030120302502	S. 5	OK	Keine TX

Fehlerursache

- E. 1) Leitungsunterbrechung
- E. 2) Besetzt
- E. 3) Keine Antwort
- E. 4) Keine Faxverbindung
- E. 5) Max. E-Mail-Größe überschritten
- E. 6) Destination does not support IP-Fax

www.laenderwahl.de  
 10117 Berlin  
 Telefonstraße 7-9  
 10117 Berlin

Deutsch  
 04131 202-670  
 04131 202-670  
 04131 202-670  
 04131 202-670

(Ort, Datum, Unterschrift)

Das vorstehend bezeichnete Schriftstück haben wir erhalten

Mit freundlichen Grüßen  
 Cornelia  
 Rechtsanwältin

Das Original des Schreibens wird Ihnen zusätzlich auf dem Postwege zugestellt.  
 Es wird gebeten, den Empfang dieses Schreibens zu quittieren und per Fax zurück zu senden.  
 anliegendes Schreiben wird Ihnen gemäß § 174 ZPO zugestellt.  
 Sehr geehrte Damen und Herren,

**Zustellung gegen Empfangsbekanntnis**  
**Bitte sofort vorlegen**

Bezeichnung des zuzustellenden Schriftstückes:  
 Ansuchen der Staatsanwaltschaft Lüneburg vom 05.05.2022 nebst Ausfertigung des  
 Beschlusses des Amtsgerichts Lüneburg vom 05.05.2022 gegen Alina Lipp

In Zeichen, Ihre Nachricht vom 05.05.2022  
 5111-kb2zlpplpa  
 04131 202-670  
 Datum 05.05.2022

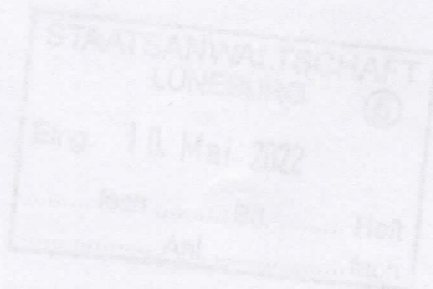
NSZS 5103 AR 096122  
 (Beschuldigte) (Bitte nicht anheften)

Deutsche Kreditbank AG  
 Falbenstraße 7-9  
 10117 Berlin

Staatsanwaltschaft Lüneburg



Justizbehörden Lüneburg  
 Staatsanwaltschaft  
 Postfach 13 40  
 21303 Lüneburg



Z



1.1 Aktenzeichen

NZS 5103 AR 696/22

1.2 Ggf. weitere Kennz.

Schriftstück vom  
05.05.2022

Weitersenden innerhalb des

1.5  Bezirks des Amtsgerichts

1.6  Bezirks des Landgerichts

1.7  Inlands

1.3 Adressat

Deutsche Kreditbank AG  
Taubenstraße 7-9

Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke

1.8  Ersatzzustellung ausgeschlossen

1.9  Keine Ersatzzustellung an:

1.10  Nicht durch Niederlegung zustellen

1.11  Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

10117 Berlin

1.4 Bei erfolglosem Zustellversuch: Vermerk über den Grund der Nichtzustellung

1.4.1  Adressat unter der angegebenen Anschrift nicht zu ermitteln

1.4.2  Adressat verzogen nach:

Straße und Hausnummer

Postleitzahl, Ort

1.4.3  Weitersendung nicht möglich  Weitersendung nicht verlangt

1.4.4  Empfänger unbekannt verzogen

1.4.5  Anderer Grund:

1.4.6 Datum

--	--	--	--	--	--

1.4.7 Unterschrift

1.4.8 Postunternehmen/Behörde:

Deutsche Post AG  
Zustellstützpunkt

Zustellungsurkunde/Zustellungsauftrag  
zurück an Absender

Justizbehörden Lüneburg  
Staatsanwaltschaft  
Postfach 13 40  
21303 Lüneburg

STAATSANWALTSCHAFT  
LÜNEBURG ⑤  
Eing. 10. Mai 2022  
..... fach ..... Bd. .... Heft  
..... Anl. .... fach

1271119321



3  **übergeben, und zwar (4.1 bis 8.3)**

4.1  unter der Zustellanschrift (siehe 1.3)

4.2  an folgendem Ort: *Straße, Hausnummer*   
(soweit von 1.3 abweichend) *Postleitzahl, Ort*

5.1  - dem Adressaten (1.3) persönlich.

5.2  - einem Vertretungsberechtigten (gesetzlichen Vertreter/Leiter):  5.4 *Herrn/Frau (Name, Vorname)*

5.3  - dem durch schriftliche Vollmacht ausgewiesenen rechtsgeschäftlichen Vertreter:

, weil ich den Adressaten (1.3)/Vertretungsberechtigten in der Wohnung nicht erreicht habe, dort

6.1  - einem erwachsenen Familienangehörigen:  6.4 *Herrn, Frau (Name, Vorname)*

6.2  - einer in der Familie beschäftigten Person:

6.3  - einem erwachsenen ständigen Mitbewohner:

7.1  , weil ich den Adressaten (1.3)/Vertretungsberechtigten in dem Geschäftsraum nicht erreicht habe, einem dort Beschäftigten:  7.2 *Herrn, Frau (Name, Vorname)*

*SEIDEL BERND*

, weil ich den Adressaten (1.3)/Vertretungsberechtigten in der Gemeinschaftseinrichtung nicht erreicht habe, dort

8.1  dem Leiter der Einrichtung:  8.3 *Herrn, Frau (Name, Vorname)*

8.2  einem zum Empfang ermächtigten Vertreter:

9  **zu übergeben versucht. (10.1 bis 12.3)**

Weil die Übergabe des Schriftstücks in der Wohnung/in dem Geschäftsraum nicht möglich war, habe ich das Schriftstück in den

10.1  - zur Wohnung

10.2  - zum Geschäftsraum

gehörenden Briefkasten oder in eine ähnliche Vorrichtung eingelegt.

11.1  Weil auch die Einlegung in einen Briefkasten oder in eine ähnliche Vorrichtung (10.1, 10.2)/die Ersatzzustellung in der Gemeinschaftseinrichtung (8.1 bis 8.3) nicht möglich war, wird das Schriftstück bei der hierfür bestimmten Stelle niedergelegt, und zwar in

11.1.1 *Niederlegungsstelle*

11.1.2 *Straße, Hausnummer*

11.1.3 *Postleitzahl, Ort*

Die schriftliche Mitteilung über die Niederlegung habe ich

11.2  - in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise abgegeben, nämlich (*Art der Abgabe*):

11.3  - an der Tür zur Wohnung/zum Geschäftsraum/zur Gemeinschaftseinrichtung angeheftet.

Weil die Annahme der Zustellung durch *Name, Vorname*:  *Beziehung zum Adressaten*:

12  verweigert wurde, habe ich das Schriftstück

12.1  - in der Wohnung/dem zur Wohnung gehörenden Briefkasten oder in einer ähnlichen Vorrichtung zurückgelassen.

12.2  - in dem Geschäftsraum/dem zum Geschäftsraum gehörenden Briefkasten oder in einer ähnlichen Vorrichtung zurückgelassen.

12.3  - an den Absender zurückgeschickt, da keine Wohnung oder kein Geschäftsraum vorhanden ist.

Den Tag der Zustellung - ggf. mit Uhrzeit - habe ich auf dem Umschlag des Schriftstücks vermerkt.

13.1 *Datum*  13.2 *ggf. Uhrzeit*  13.3 *Unterschrift des Zustellers*

*06.05.22*  *Schuh. Antie*

13.4 *Postunternehmen/Behörde*  13.5 *Name, Vorname des Zustellers (in Druckbuchstaben)*

Deutsche Post AG  
Zustellstützpunkt